

Islamistische Terroristen sind einsame, entwurzelte Reisende

OLIVIER ROY sieht kein religiöses Motiv im Fundamentalismus. Selbstmordattentäter sind Teil einer nur virtuellen Gemeinschaft. Daher ist es so schwer, etwas gegen sie auszurichten

Was haben die Terroristen, die 2009 Anschläge auf die USA verüben wollten, miteinander gemein? Inwieweit sind sie dem arabischen Nahen Osten verbunden, der oft als Wiege islamischer Radikalisierung dargestellt wird? Sehr wenig, scheint die Antwort zu lauten.

Was aber verbindet Umar Farouk Abdulmutalab, den in Nigeria geborenen, in Großbritannien ausgebildeten, im Jemen trainierten Mann, dessen Sprengstoffattentat auf ein Flugzeug am Weihnachtstag scheiterte, dann mit Anwar al-Awlaki, dem radikalen islamischen Hassprediger, der ein Ingenieursdiplom von der Colorado State University besitzt und keinen arabischen Magister in Theologie? Und was verbindet ihn mit Nidal Malik Hasan, dem US-Army-Psychiater palästinensischer Herkunft, der im November im texanischen Fort Hood Amok gelaufen ist?

Um das zu begreifen, müssen wir weniger bekannte Aktivisten hinzuzählen, etwa Daniel Patrick Boyd, einen weißen, zum Islam konvertierten US-Bürger, dem vorgeworfen wird, in North Carolina eine Dschihad-Gruppe gegründet zu haben, und Bryant Neal Vinas, einen hispanischstämmigen US-Bürger aus Long Island, der sich im vergangenen Jahr schuldig bekannt hat, al-Qaida Beihilfe geleistet zu haben. All diese Männer sind keine frommen, nahöstlichen Muslime, die eine vom Krieg verheerte fundamentalistische Gesellschaft verlassen haben, um den Westen anzugreifen. Die meisten von ihnen haben nur entfernte Verbindungen zum Nahen Osten. Konvertiert sind unter Al-Qaida-Aktivisten überrepräsentiert, von José Padilla bis zu Dhiren Barot, der 2006 in Großbritannien verurteilt wurde, weil er unter anderem einen Sprengstoffanschlag auf die New Yorker Börse geplant hatte.

Was haben diese Menschen gemeinsam, was verbindet sie? Zunächst einmal handelt es sich bei allen um globalisierte junge Menschen, die sich mit einer virtuellen und imaginären muslimischen Umma identifizieren. Oft haben sie ein Dreiecksleben gelebt: Ihre Familie kommt aus dem einen Land, dann ziehen sie in den Westen oder wurden schon dort geboren; im Westen werden sie radikalisiert; schließlich gehen sie in ein drittes Land, um dort zu kämpfen.

Tatsächlich sind weder Pakistan noch der Jemen oder Afghanistan Schlüsselstaaten der Radikalisierung. Vielmehr gehen die Terroristen dort hin, nachdem sie im Westen oder in einem westlichen Umfeld radikalisiert worden sind. Und zur Radikalisierung kommt es nicht in der konkreten politischen Praxis, im Umgang mit echten Menschen, sondern in der einsamen Erfahrung einer

virtuellen Gemeinschaft: der Umma im Internet.

Der Nigerianer Abdulmutalab hat eine englischsprachige internationale Schule im französischsprachigen Togo besucht, bevor er nach Großbritannien gegangen ist. Dhiren Barot kommt aus einer in Afrika ansässigen Hindu-Familie und wurde in Großbritannien ausgebildet, wo er zum Islam konvertierte. Englisch ist die Sprache der Rekrutierung und Kommunikation. Diese Radikalen haben keinerlei dauerhafte Verbindung zu einem bestimmten Land: Wie ihre

Trainingslager an einem abgelegenen Ort Pakistans oder einfach beim Chatten im Netz. Nach einem „normalen“ Leben haben sie sich plötzlich der Gewalt zugewandt. Sie sind psychologische Verlierer, entwurzelte, deterritorialiserte Individuen, die durch ihren eigenen Tod zu imaginären Helden einer virtuellen Umma werden können.

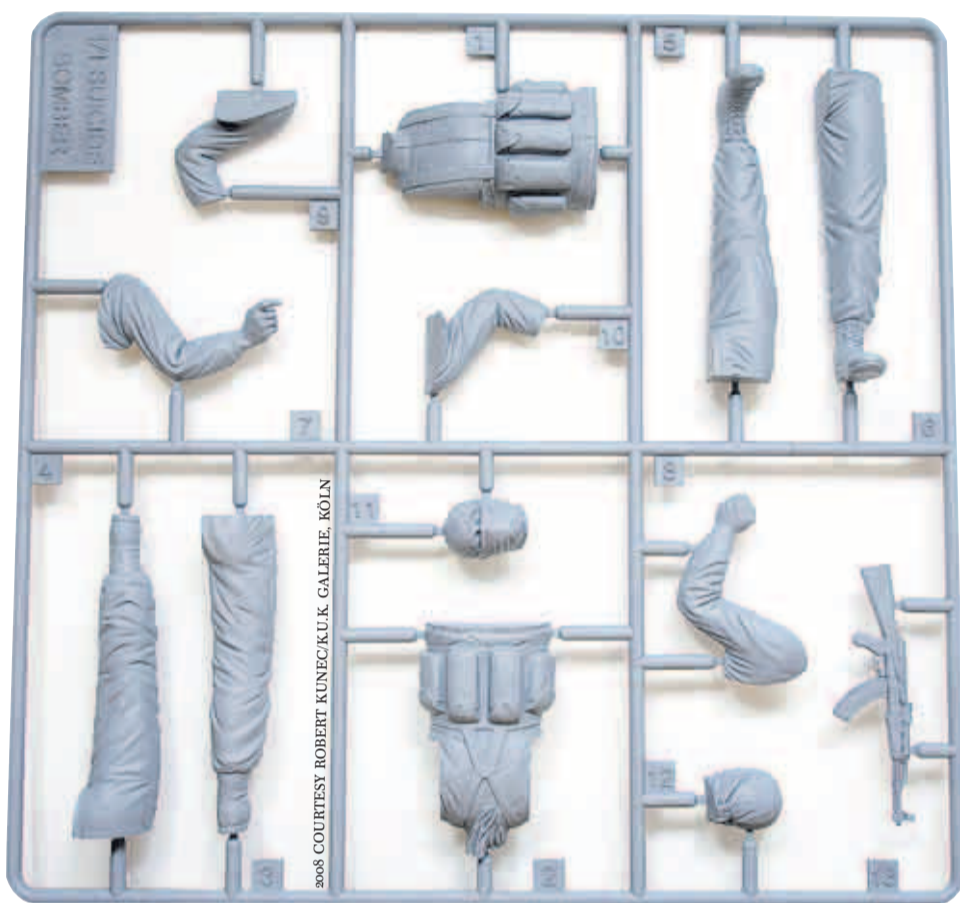
Al-Qaida hat etwas Verwirrendes: Obwohl viele Terroristen wie José Padilla oder der „Schuhbomber“ Richard Reid für al-Qaida schlicht gefährlich sind, entzieht ihre Ein-Schuss-Strategie der Organisation vermutlich doch helle Köpfe, die auf lange Sicht effizienter hätten sein können. Der Fall des jordanischen Terroristen, der sich für einen zwar spektakulären, aber doch kurzfristigen Erfolg in einer afghanischen CIA-Basis in die Luft gesprengt hat, ist in dieser Hinsicht typisch. Auf lange Sicht wäre er als Maulwurf für die Al-Qaida-Führung weit nützlicher gewesen. In diesem Fall ist Selbstmord-Terrorismus keine Taktik; er ist ein Ziel in sich, ein Teil der Motivation.

Das heißt: Al-Qaida verfügt über keine politische Strategie zur Etablierung eines islamischen Staats. Al-Qaida spielt keine Schlüssel- oder Führungsrolle in den Konflikten des Nahen Ostens, sondern kämpft allein an deren Peripherie. Die Organisation hat einen globalen Feind: den Westen, nicht die einzelnen Regierungen. Statt für ein territoriales Kalifat im Nahen Osten kämpft sie einen globalen Kampf gegen die Weltmacht – die Vereinigten Staaten – in Fortsetzung der radikalen antiimperialistischen Kämpfer der 60er- und 70er-Jahre wie etwa derer Che Guevaras oder der RAF. Al-Qaida betont die radikale, aber individuelle Aktion und spricht ein größeres Publikum als allein die muslimische Gemeinschaft an, daher die Konvertiten.

Ideologie spielt bei der Radikalisierung der dschihadistischen internationalistischen Jugend nur eine kleine Rolle. Angezogen wird diese Jugend nicht von einer Ideologie, sondern einer Erzählung: der Erzählung von einer globalen, unspesziellen leidenden Umma. Und der Erzählung von einem einsamen Rächer, dem Helden, der von einem Leben, mit dem er nicht glücklich ist, erlöst werden kann und berührt wird, indem er einer Welt entflieht, in der er keinen Platz findet.

Sollten sich die USA und die westliche Welt für die nächste Runde im Kampf gegen die Terroristen rüsten, ohne diese Realitäten zu verstehen, werden sie wiederum so wenig erreichen wie in den letzten achtzehnjährigen Jahren seit 9/11. Die Bedrohung kommt nicht von irgendeinem Ort, in den man einmarschieren oder den man besetzen könnte, sondern aus dem globalisierten Netz, in das wir heute alle verstrickt sind.

Der Verfasser lehrt als Politikwissenschaftler in Paris. Er hat mehrere Bücher über den Islam geschrieben. Auf Deutsch zuletzt: „Der falsche Krieg“. © 2010 Global Viewpoint. Übersetzung: wfr.



Robert Kuncic, „L/1 Suicide Bomber“ (2008), Fiberglas/Polyester, 320 x 305 x 40 cm

Vorgänger aus den 90er-Jahren sind sie von Dschihad zu Dschihad gezogen, haben Ausbildungslager besucht, wo das möglich war, und waren nie in die Politik der Länder involviert, in denen sie gelebt haben oder ausgebildet wurden. Ihre Wut ist kein Ausdruck des Zorns einer echten Gemeinschaft, sondern einer virtuellen.

Die generationelle Dimension ist offensichtlich: Die meisten dieser Radikalen haben mit ihren Familien gebrochen oder sich ihnen entfremdet, wie die Verwirrung vieler Eltern illustriert, Abdulmutalabs Vater zum Beispiel, der der US-Botschaft von seinem Sohn berichtet hat. Der Islam dieser Radikalen ist rekonstruiert, nicht aus vergangener Zeit überliefert. Sie beziehen sich nie auf Traditionen oder den traditionellen Islam; Fatwas etablierter Kleriker etwa erwähnen sie nicht. Sie agieren individuell und ohne die üblichen Verbindungen zu einer Gemeinschaft (der Familie, einer Moschee oder eines islamischen Vereins). Sie halten sich normalerweise von allen kommunalen Gruppen fern. Sie sind einsame Reisende, die weder an sozialen noch an politischen und nicht einmal an religiösen Aktionen teilnehmen. Sozialisation finden sie in der persönlichen Bindung an Alter Ego, entweder in örtlichen, geschlossenen Freundesgruppen (die 9/11-Piloten, die London-Bomber von 2005) oder in einem

Wer hätte Deutschland nicht gern zum Nachbarn?

FRANS TIMMERMANS erinnert sich an Zeiten, als die Niederländer nicht gut auf die Deutschen zu sprechen waren, und freut sich über den Wandel und all die Entspannung

Im November wurde ausgiebig des Falls der Mauer vor zwanzig Jahren gedacht. Das Ende der deutschen Teilung läutete auch das Ende der europäischen Teilung und des europäischen Kommunismus ein – vielleicht das wichtigste weltpolitische Ereignis in meinem gesamten Leben. Verständlich, dass einem anderen deutschen Jubiläum vor diesem Hintergrund etwas weniger Aufmerksamkeit zuteilwurde: 2009 feierte die Bundesrepublik ihren 60. Geburtstag. Auf den von den Nazis hinterlassenen Trümmern und unter strenger Führung der Besatzungsmächte wagten sich die Westdeutschen vor genau sechzig Jahren an ein Experiment, das ein beispielloser Erfolg werden sollte. Gleichmaßen erfolgreich vollzogen sich die gesellschaftliche, demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung.

Die deutsche Gesellschaft hat die Vergangenheit vorbildlich aufgearbeitet. Andere Europäer, auch die Niederländer, können viel davon lernen. Ich kenne kein anderes europäisches Land, das ein so klares Bild von den dunklen Seiten seiner Geschichte hätte. Mit dem Ende der deutschen Teilung begann sich auch das Bild der Niederländer von Deutschland und den Deutschen grundlegend zu ändern. Ein Beispiel aus der Welt des Fußballs: 1988 wurde Ronald Koeman noch lautstark bejubelt, als er sich nach dem Sieg im EM-Halbfinale mit einem deutschen Trikot den Hin-

tern abwischte. 2006, als die Weltmeisterschaft in Deutschland stattfand, drückten die meisten Holländer nach dem Ausscheiden ihrer eigenen Mannschaft dem deutschen Team die Daumen. Mittlerweile ist die Bundesrepublik auch zu einem der beliebtesten Urlaubsziele avanciert. Mit keinem Nachbarland (von Flandern einmal abgesehen) verbindet uns in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht so viel wie mit unserem Nachbarn.

Allerdings hat sich die niederländische Politik in den vergangenen zwanzig Jahren erst an die neue Stellung Deutschlands in Europa gewöhnen müssen. Nicht nur hat sich mit dem Ende der Teilung der Schwerpunkt des Landes nach Osten verlagert, das wiedervereinigte Land musste seine Aufmerksamkeit nun auch auf mehr Nachbarn verteilen, sodass unter dem Strich für die Niederlande weniger politische Aufmerksamkeit übrig blieb. Nach vier Jahren der Kanzlerschaft Angela Merkels können wir unaufgeregt feststellen, dass es ganz bestimmt nicht an der Person Gerhard Schröders lag, sondern dass wir es hier mit einer strategischen außenpolitischen Entscheidung jenseits aller Parteigrenzen zu tun haben. Nie zuvor war die Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland so innig wie in den vergangenen Jahren. Es ist sogar eine zunehmende institutionelle Integration zu beobachten, etwa in Form von gemeinsamen Kabinettsitzungen, gemein-

samen Ministerbesuchen in Drittländern. Weder die Niederlande noch die anderen europäischen Staaten noch die EU als solche haben bislang eine Antwort gefunden.

Hieraus ergibt sich eine schöne Aufgabe für die niederländische Diplomatie. Nicht nur die wirtschaftliche Symbiose unserer beiden Länder ist nahezu vollständig, auch bei allen großen geopolitischen und strategischen Fragen besteht eine sehr weitgehende Konvergenz zwischen unseren Standpunkten. Darüber hinaus stoßen die Niederlande in der Bundesrepublik politisch wie gesellschaftlich noch immer auf großes Wohlwollen.

Wir verfügen also über eine hervorragende Ausgangsposition, wenn wir ein strategischer Partner des größten Landes in Europa bleiben wollen. Zugleich behalten die Niederlande ihre einzigartige Brückenfunktion zwischen Kontinentaleuropa und der angelsächsischen Welt. Angesichts der tief greifenden Veränderungen, die uns bevorstehen, wird auch diese Brücke weiterhin gebraucht werden.

Die Bundesrepublik ist nicht nur ein unverändert wichtiges, sondern überdies auch ein ausgesprochen angenehmes Land mit einem guten politischen und gesellschaftlichen Klima. Wer hätte nicht gern einen solchen großen Nachbarn?

Der Autor ist Europaminister der Niederlande

LEITARTIKEL

Die stillen bürgerlichen Tugenden der Kanzlerin

Wer im Namen des Konservativen spricht, ist nicht notwendigerweise ein Konservativer. Die programmatischen Scharmützel im Umfeld der „Berliner Erklärung“ der

CDU folgen vertrauten Schablonen: Angela Merkel, die reformerfahrene Konservative auf dem zweiten Bildungsweg, kämpft umgeben von ihren Getreuen gegen die verstreuten Truppen jener Unions-Romantiker, deren westdeutsche Welt und die darin möglichen Wahlergebnisse dahin sind. Viele jener Konservativen dürften eher als Traditionalisten bezeichnet werden, was deren Anliegen aber nicht schmälert. Jede Partei lebt von der Verkörperung ihrer Tradition durch jene, die sich nur widerwillig mit der Gegenwart anfreunden. Mehr noch: Reformen und Innovatoren können nur kraftvoll loslegen, wenn die Tradition als Kontrastmittel sichtbar bleibt.

Ihren zügigen Aufstieg in der Partei verdankt Angela Merkel nicht zuletzt jenen kreuzbraven Funktionären und Mitgliedern, die nun vernehmbar murren. Die Modernisierungsskeptiker garantieren die Selbsttreue der Partei in Zeiten, in denen Merkel die Öffnung hin zu neuen Inhalten, Themen und Wählerschichten vornimmt. Das wechselseitige Misstrauen wurde nicht kleiner, aber nach dem Ende des Systems Kohl schien auch den Traditionalisten nur ein Neuanfang Erfolg versprechend. Das Aufbauen der engagierten Katholiken in der Union oder einiger nicht immer sprachmächtiger Fraktionschefs in leitartikeln Manifesten bleibt kraftlos. Das Problem der Partei ist nicht, dass sie – ganz Volkspartei – mehrere Strömungen und Milieus bündelt, sondern die versammelte Sprachlosigkeit jener Milieus in toto. Die „Berliner Erklärung“ enttäuscht: In ihr findet der postmoderne Ideologie-Pragmatismus der CDU kühl zu sich selbst. Doch dieser Temperatursturz ist kein Kainmal der Moderne, sondern einer der Gedankenarmut jenes Apparates, der in der Partei für Begeisterung zuständig sein müsste.

Merkel misstraut jeder Form von Pathos, deshalb findet sie ihre politische Heimat ausschließlich in der Mitte der Gesellschaft. Ihre Bekenntnisse zu „Heimat“, „Nation“ oder „Glaube“ verzichten auf jeden Schmelz. Nur die „Freiheit“ bringt bei ihr Sätze zum Klingeln. Einigen Wählern wie Mitgliedern reicht diese kärgliche Gabe

nicht: Sie sehnen sich in Schüben nach Vertrautem. Nach Politikern, die herrisch „basta“ rufen und ihren Wortschatz aus „Machtwörtern“ speisen. Sie sehnen sich nach einem Gemütskonservativen wie Helmut Kohl, der – was gerne vergessen wird – lange Jahre ein forscher Reformator der Union war, aber stets dank seiner Erscheinung und seines pfälzischen Dialektes jene irdene Authentizität hatte, die unmittelbar ankam – bei Wählern wie der Parteibasis.

Merkel verweigert sich dem lauter werdenden Drang zur Selbststärkung. Bei genauerem Hinsehen hat ihre Unverführbarkeit (ja Rebellion) gegenüber jenen Gesten des Agierens, die ihr von allerlei, besonders männlichen Seiten ange-raten wird, etwas Einnehmendes. Ihre Unerschütterlichkeit wurzelt in einem recht konservativen Souveränitätsverständnis und in einem Selbstbewusstsein, das tiefbürgerlich ist. Nicht einmal scharfe Kritiker bestreiten, dass Merkel sowohl harte Entscheidungen treffen kann wie auch rhetorisch zu brillieren weiß. Dass sie es nicht mehr auf Befehl einer veröffentlichten Meinung tun will, gibt dem Amt des Bundeskanzlers eine neue Würde und demontiert sie nicht, wie einige unterstellen. Zudem wird ihre stoische Konsequenz belohnt. Das Klima dreht sich: Bis hin zum DGB-Vorsitzenden Sommer und den Merkel-muffeln der linksliberalen Publizistik reicht nun das Feld der Unterstützer. Wie sehr sie das freut, konnte man den gut gelaunten Auftritten der vergangenen Tage entnehmen. Nach Wochen der Anspannung blitzte Witz und weiblicher Charme auf. In der Sache hatte sie ihren Kritikern keinen Millimeter nachgegeben.

Den Mut hat die Kanzlerin nicht verloren. Dass Merkel sich diese Woche erst zu den Steuererhebungen im Jahr 2011 bekannte, nachdem sich Meinungsumfragen, ein Chor von Sachverständigen und ein üppiger Teil der Partei dagegen ausgesprochen haben, zeigt Führungsstärke. Dass sie damit viel riskiert, verrät die Unruhe der Partei in NRW. Dort wird im Mai gewählt. Dann entscheidet sich, ob Merkel weiter Land und Partei reformieren darf oder von einem gekippten Bundesrat zu großkoalitionärer Demut gezwungen wird. Dass sie etwas anderes will als sozialdemokratischen Konsens, ist nun nicht mehr Gerücht, sondern Gewissheit. In einem sozialkonservativen Land wie Deutschland wagt sie auch damit die Abkehr vom Vertrauten. Selbst wenn es die Partei verschreckt, vielen Wählern könnte das imponieren.



Von Ulf Poschardt

„Angela Merkels Sturzköpfigkeit und Mut folgen klassischen Vorstellungen von Souveränität und Würde“

Die Armutskatastrophe

Als 1995 in der Region zwischen Kobe und Osaka die Erde bebte, kamen 6434 Menschen ums Leben. Das Erdbeben von Tokio im Jahr 1923 war nur halb so stark, doch es forderte 140 000 Opfer. Und das, obwohl die Bevölkerung Japans in den sieben Jahrzehnten dazwischen rapide angewachsen war. Der gewaltige Unterschied in den Opferzahlen liegt daran, dass sich Japan zu einem freien und ökonomisch starken Land entwickelt hatte. Obwohl es eines der schwersten Erdbeben des 20. Jahrhunderts war, blieben beim Kobe-Erdbeben viele Gebäude dank moderner Sicherheitstechnik stehen, vorwiegend traditionell gebaute, alte Häuser brachen zusammen. Die Versicherungen mussten die bis dahin größte Schadenssumme aller Zeiten zahlen.

Für Versicherungen wird die Katastrophe in Haiti wohl nicht sonderlich teuer, denn die meisten der Betroffenen sind nicht versichert. Ihre Hütten würde auch keiner versichern. Die Zahl der Toten jedoch, so viel kann man schon jetzt leider sagen, wird näher an der von Tokio 1923 als an der von Kobe 1995 liegen.

Erdbeben kann man nicht verhindern, und es ist immer noch schwierig, sie vorzusagen. Doch es gibt aus leidvoller Erfahrung viele Möglichkeiten, die Zahl der Opfer gering zu halten, dafür zu sorgen, dass die Verschütteten aus den Trümmern geborgen werden und die Obdachlosen nicht an Wassermangel oder Seuchen sterben. In der ökonomischen, sozialen und politischen Dauermissere Haitis wurde so gut wie keine der notwendigen Vorkehrungen getroffen. Die Menschen waren der Naturgewalt völlig schutzlos ausgeliefert.

Das Wort „Naturkatastrophe“ ist im 21. Jahrhundert irreführend geworden. Es gibt eigentlich kaum noch reine Naturkatastrophen. Das gleiche Ereignis hat in verschiedenen Ländern völlig unterschiedliche Folgen. Ein Wirbelsturm, der über die Karibik fegt, bringt auf den armen Inseln Hunderte Menschen um, im reichen Florida höchstens einige Dutzend.

Bis zum 19. Jahrhundert lebte die gesamte Menschheit, abgesehen von wenigen Privilegierten, in der gleichen hoffnungslosen Armut. Damals waren Naturkatastrophen tatsächlich zu hundert Prozent natürlich, sie trafen den armen Bauern in Europa genauso wie den in China oder Afrika. Durch die Industrialisierung änderte sich dies grundlegend. Mehr als die Hälfte des

Schadens, den ein Erdbeben, ein Sturm oder eine Überschwemmung heute anrichten, hat soziale Ursachen, keine natürlichen. Diese Tatsache muss stärker ins Bewusstsein dringen und zu Konsequenzen führen. Einerseits gilt es, technische Vorsorge zu treffen, etwa durch den internationalen Tsunami-Warndienst, der nach dem Seebeben im Indischen Ozean im Dezember 2004 gegründet wurde. Es müssen jedoch auch verstärkte Anstrengungen in der internationalen Kooperation und der Risikoabschätzung unternommen werden. Die besonders gefährdeten Erdbebenregionen auf dem Planeten sind schließlich bekannt.

Einige davon, wie Japan oder Kalifornien, können selbst Vorsorge treffen. Andere sind, wie der Extremfall Haiti zeigt, dazu nicht in der Lage. Es würde die Möglichkeiten zur schnellen Hilfe ein ganzes Stück verbessern, wenn für solche Länder internationale Katastrophenpläne existieren würden. Absehbare Desaster, die Bedingungen vor Ort und die nötigen Maßnahmen könnten koordiniert erfasst werden, sodass im Ernstfall nicht erst ermittelt werden muss, wie und wo man am besten helfen kann. So ein Kataster der zu erwartenden Schäden wäre zwar recht grob, könnte aber helfen, schneller zu reagieren. Heute wissen die internationalen Hilfsorganisationen nicht einmal, wer welches Gerät vorrätig hat und einsetzen kann. Teilweise liegt das auch an der Konkurrenz, die mittlerweile zwischen den vielen westlichen Helfern existiert. Solch eine Vorsorge von außen wird das Fehlen nationaler Anstrengungen nicht ersetzen können – aber zumindest teilweise kompensieren.

Vorsorge ist möglich, auch wenn es noch lange dauern wird, bis die armen Länder dieser Erde so gewappnet sind wie das heutige Japan. Allein das Vorhandensein eines Evakuierungsplans kann die Folgen eines Desasters drastisch mindern. Nach einem Zyklon, der im Jahr 1976 circa 10 000 Menschen tötete, entwickelte der indische Bundesstaat Andhra Pradesh solch einen Notfallplan. Beim nächsten großen Zyklon im Jahr 1991 waren neunzig Prozent weniger Opfer zu beklagen. Die Natur lässt sich nicht zähmen. Doch noch nie in der Geschichte gab es so viele organisatorische, technische und finanzielle Möglichkeiten, auf Katastrophen vorbereitet zu sein und ihre Folgen zu mildern. Wo Regierungen darin völlig versagen, muss die Weltgemeinschaft diese Vorsorge treffen. *Michael Miersch*